

Gemeindeschreiberin kritisiert BVK-Druck des Kantons

PENSIONSKASSEN. Die neun Gemeinden des Bezirks Horgen, deren Angestellte bei der Beamtenversicherungskasse (BVK) versichert sind, haben bis Ende November Zeit, den Anschlussvertrag zu kündigen. Langnau will einen Austritt prüfen.

GABY SCHNEIDER

Die Beamtenversicherungskasse (BVK) beschäftigt seit Monaten die Politik. Mit der Finanzspritze des Kantonsrats von 2 Mrd. Franken ist am Montag ein erster Schritt getan, die Pensionskasse wieder in ruhigere Fahrwasser zu bringen (Ausgabe von gestern). Durch den kantonalen Zuschuss wird der Deckungsgrad der BVK um rund 4 Prozent erhöht. Bei 100 Prozent wird er danach aber nicht liegen. Ende 2011 lag der Deckungsgrad der Pensionskasse bei 83,4 Prozent. Die Kasse zählt zu den grössten der Schweiz. Sie sichert die Altersvorsorge der Angestellten des Kantons und der meisten Gemeinden im Kanton Zürich.

In neun Gemeinden des Bezirks Horgen sind die Gemeindeangestellten bei der BVK versichert. Thalwil, Horgen und Adliswil haben eigene Pensionskassen. Ein waches Auge auf die BVK-Vorgänge warf die Langnauer Gemeindeschreiberin Ingrid Hieronymi und zeigte sich skeptisch. «Ich gelte bei der BVK schon langsam als rotes Tuch», sagt Hieronymi. Sie besuchte auch öffentliche Versammlungen und erhob das Wort, kennt sich in der Materie bestens aus.

Wie Hieronymi auf Anfrage bekannt gibt, stand auf der Traktandenliste der Langnauer Gemeinderatssitzung von gestern Dienstag, zu prüfen, ob das Thema «Austritt aus der BVK» trotz Einmal-einlage ins Auge gefasst werden sollte und was die Vor- und Nachteile einer Kündigung des Anschlussvertrags wären. Für Langnau bestehen jetzt drei Optionen: erstens Austritt, zweitens Verbleib zu den Bedingungen des neuen «Vertrags 2012» und drittens Verbleib im bisherigen «Vertrag 2005». Hieronymi erläutert, dass beim «Vertrag 2005», sollte der Deckungsgrad weiter sinken, die Gemeinde beispielsweise nach zwei Jahren aussteigen könnte, hingegen beim «Vertrag 2012» erst nach fünf Jahren, da dieser eine feste Laufzeit vorsieht.

Teuer für die Gemeinden

Ein weiterer Nachteil des «Vertrages 2012» gemäss Hieronymi: Bei einem Austritt nach Ablauf der festen Vertragsdauer müsste die Gemeinde die Rentner zu neuen Pensionskasse mitnehmen, was dem Vertrag 2005 nicht der Fall ist. Dies käme die Gemeinde in zweierlei Hinsicht teuer zu stehen: Einerseits müsste die Unterdeckungsum-

me für die Rentner in die BVK eingeschossen werden, andererseits müsste den Pensionierten bei einer neuen Kasse gemäss Bundesrecht die gleich hohe Rente wie bisher garantiert werden. Da viele Kassen die Alterskapitalien mit einem niedrigeren Satz verzinsen, als dies bisher bei der BVK der Fall war, müsste die



«Ich gelte bei der BVK langsam als rotes Tuch.»

Ingrid Hieronymi

Gemeinde auch bei der neuen Kasse Mittel einschliessen, damit die Rente der Pensionierten nicht geschmälert würde.

Auf die Gemeinden werde seitens des Kantons ein grosser Druck ausgeübt, um sie dazu zu bringen, den Vertrag 2012 zu unterzeichnen, meint Hieronymi. So sollen gemäss der vom Parlament genehmigten Statutenrevision nur jene Gemeinden in den Genuss eines Anteils an den 2 Milliarden gelangen, die den neuen Vertrag unterschreiben. Dies, obwohl Regierungsrätin Ursula Gut sich am Montag im Parlament dazu sinngemäss geäußert habe, dass mit der Einlage etwas zurückgegeben werde, was der Kan-

ton den Gemeinden in den letzten Jahren vorenthalten habe. «Dass die Partizipation der Gemeinden an der Einlage nicht als Abgeltung für Fehler des Kantons ausgestaltet, sondern an den voraus-eilenden Gehorsam der Gemeinden gekoppelt wird, ist absolut befremdend», sagt Hieronymi. Das widerspreche der Äusserung von Ursula Gut. Ihre Haltung wird sie auch morgen Donnerstag darlegen, wenn sich die Gemeindeschreiber der betroffenen Gemeinden des Bezirks treffen, um sich auszutauschen.

Alternativen prüfen

Die Gemeinde Oberrieden kläre erst einmal ab, was andere Kassen bieten, sagt Gemeindepräsident Martin Arnold (SVP). Verbleib oder Ausstieg jetzt zu entscheiden, sei noch viel zu früh, denn die BVK räume den Gemeinden eine sechsmonatige Frist ein. «Es ist nicht erklärte Absicht der Gemeinde Richterswil, aus der BVK auszutreten, aber wir prüfen Alternativen», sagt Gemeindeschreiber Roger Nauer. Solidarisch mit der BVK will auch Rueschlikon sein, holt aber gemäss Gemeindeschreiber Benno Albisser ebenfalls Offerten ein. Der Wädenswiler Stadtpräsident Philipp Kutter (CVP) hält den Entscheid, mit 2 Milliarden zur Sanierung beizutragen, für richtig und ein Signal für die Gemeinden, dass der Kanton sie nicht hängen lässt. Dennoch prüfe man auch Alternativen, das gebiete die Sorgfaltspflicht.

Weitere Schritte nach Landkauf

RÜSCHLIKON. Der Gemeinderat Rueschlikon will die Bevölkerung miteinbeziehen in die Planung des erworbenen SBB-Areals.

Am 15. März sagten die Rueschliker an ihrer Gemeindeversammlung Ja zum Kauf des SBB-Areals seeseitig der Bahn-gleise. Wie der Gemeinderat in einer Mitteilung schreibt, sollen in die Planung alle interessierten Gruppierungen einbezogen werden.

Vorgesehen sind folgende Etappen:
• Die Bedürfnisse erarbeiten: Auf dem Areal gewünscht wurden unter anderem Familien- und Alterswohnungen, ein Grossverteiler, ein Kiosk, ausreichender Grünraum, dorferträgliche Bauten, ein neugestalteter Bahnhofplatz inklusive Möglichkeiten zum Parkieren, eine verkehrsberuhigte Bahnhofstrasse sowie eine behindertengerechte Erschliessung der Perrons.

- Aufzeigen der gegenseitigen Abhängigkeiten: Gemeint ist damit, wie die einzelnen Projekte, die auf dem Areal realisiert werden sollen, aufeinander einwirken im positiven oder eben auch im unerwünschten Sinne.
- Erarbeitung eines Masterplans: Dieser soll die Anordnung der gewünschten Elemente auf dem Gelände aufzeigen, vorerst aber noch unverbindlich bleiben bezüglich der planungsrechtlichen Aspekte.
- Aufteilung in mögliche Bauphasen.
- Anschliessend sollen die entsprechenden bau- und planungsrechtlichen Fragen geklärt werden.

Die Entscheide, was auf dem SBB-Land realisiert werden soll, werden an der Urne gefällt. Anlässlich seiner Klausurtagung im Juni 2012 wird der Gemeinderat zusammen mit einem externen Moderator das weitere Vorgehen diskutieren. (zsz)

Fragwürdiges Halteverbot in Zufahrt

ADLISWIL. SVP-Gemeinderat Daniel Aebli hat bei der Stadt Adliswil eine schriftliche Anfrage eingereicht zur Zufahrt bei der Abfallammelstelle Tüfi.

Die Zufahrt zur Sammelstelle Tüfi sei mit Halteverbotschildern «zugepflastert», kritisiert Daniel Aebli. Es sei manchmal nicht möglich, in die Einfahrt der Sammelstelle zu fahren, ohne vorher auf der Zürichstrasse in der Autokolonne warten zu müssen.

Er schlägt vor, dass die Besucher der Sammelstelle statt auf der Zürichstrasse anzustehen in die Tüfistrasse fahren, dort wenden und auf der rechten Strassen-seite warten. Daniel Aebli fragt den Stadtrat nun, wie er sich zu diesem Lösungsvorschlag stellt, wann er die neue Verkehrsführung einführen könnte oder ob andere Vorschläge vorhanden sind. (zsz)

Anzeige

**SCHLAFEN WIE IM HIMMEL
BEGINNT AN DER RÄMISTRASSE.**

MIRALTO
INSTORE AG

Muralto Instore AG
Rämistrasse 17, 8001 Zürich
www.muralto.ch

«Giftzwerg» sollen aus Haus und Garten verbannt werden

UMWELT. In Haus und Garten sollen Chemikalien möglichst zurückhaltend eingesetzt oder ganz vermieden werden. Eine nationale Kampagne, die dafür wirbt, wurde aus besonderen Gründen im Campus der ZHAW in Wädenswil gestartet.

ARTHUR SCHÄPPI

«Stopp den Giftzwerg», lautet der Appell einer nationalen Kampagne, die die Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz (Pusch) am Dienstag auf dem Campus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Wädenswil lanciert hat. Zum Start der Aktion hiess Miss Earth Schweiz, Irina De Giorgi, dort vor Medienleuten und Gästen die Kampagne-Fahne mit dem Marienkäfer Coci. Das geflügelte Maskottchen gibt der Bevölkerung fortan Tipps und Ratschläge, wie man in Haus und Garten «giftlos glücklich» wird.

Lokale Aktionen geplant

Während zweier Jahre will Pusch mit Unterstützung von Bund, Kantonen, Gemeinden, Schulen und Privatwirtschaft die Bevölkerung mit lokalen Aktionen für einen sorgfältigen und zurückhaltenden Umgang mit Chemikalien sensibilisieren. An der Medienorientierung wies Projektleiterin Marianne Gehring darauf hin, dass in der Schweiz in Häusern und Gärten über 30000 synthetische Stoffe verwendet würden – vom Duschgel über Chemikalien für den Hausputz bis zu Pflanzenschutzmitteln für den Garten. Die zahllosen Stoffe und Chemikalien erleichterten indes nicht nur unseren Alltag, «sondern belasten auch Böden, Trinkanwasser und gelangen in unsere Nahrungskette», warnte Pusch-Geschäftsleiter Ion Karagounis. Deshalb sollten diese besonderen «Giftzwerg»



Im Zeichen des Umweltschutzes engagiert (von links): Miss Earth Schweiz Irina De Giorgi, Pusch-Geschäftsleiter Ion Karagounis sowie Projektleiterin Marianne Gehring. Bild: Kurt Heuberger

möglichst aus Haus und Garten verbannt werden.

Erklärtes Ziel von Pusch ist es, die Bevölkerung für den Einsatz von weniger belastenden Produkten zu gewinnen. Falls dennoch Chemikalien zum Einsatz kommen, sollen sie möglichst sparsam und richtig angewendet und Reste fachgerecht als Sonderabfall entsorgt werden. In Erinnerung gerufen wird zudem, dass die Anwendung von Herbiziden auf Strassen, Wegen, Plätzen oder auf Dächern und Terrassen verboten ist. Ein besonderes Augenmerk legt die Aufklärungsinitiative auf Pflanzenschutzmittel. Gemäss dem Bundesamt

für Umwelt werden an rund der Hälfte der Grundwasser-Messstellen in der Schweiz Rückstände von Pflanzenschutzmitteln gefunden. Diese stammen nicht bloss aus der Landwirtschaft, sondern zu einem erheblichen Teil auch aus Siedlungsgebieten.

Nützlinge als Alternative

Gerade wenn es um die Pflege von Pflanzen in Haus und Garten geht, lohne sich ein Verzicht auf Chemie, zumal es dazu biologische Alternativen gebe, betont man bei Pusch. Als Beispiel wurden etwa der Einsatz von Marienkäfern gegen Blattläuse oder von Alchen gegen Dick-

maulrüssler oder von Klebefallen gegen Kirschenfliegen genannt. Weil die ZHAW Wädenswil in diesem Bereich besonders aktiv sei und auch den effizienten Einsatz weiterer Nützlinge, wie etwa von Schlupfwespen, Pilzen und Bakterien erforsche und ihr Wissen zudem an Fachleute im Obst-, Wein-, Garten- und Gemüsebau weitergebe, sei sie als Standort für die Lancierung der Kampagne geradezu prädestiniert, lobten die Organisatoren. Zudem befinde sich der Lehr- und Forschungsbetrieb in Wädenswil auf dem Weg zur Umstellung auf biologische Landwirtschaft.